

Werbung

**friedrich.
report**Fundierte Analysen zu
Aktien, Rohstoffen & BitcoinNur für begrenzte Zeit:
**Sichere dir 10%
mit dem Code
APOLLO**

12.12.2025 • 82

Vorratsdatenspeicherung

EU plant anlasslose Überwachung von Chatnachrichten, Kryptohändlern, VPN- und Cloud-Diensten

Der letzte Vorstoß der EU zur Vorratsdatenspeicherung wurde wegen schwerwiegender Grundrechtseinschränkungen gestoppt. Doch jetzt gibt es einen neuen Anlauf zur anlasslosen Massenüberwachung von Bürgern. Davon sind auch private Chatnachrichten betroffen.



Marie Rahenbrock



Von der geplanten Vorratsdatenspeicherung sind auch Messenger-Dienste betroffen. (IMAGO/Depositphotos)

Vor 11 Jahren stoppte der Europäische Gerichtshof wegen schwerwiegender

Grundrechtseingriffe den EU-Vorstoß zur anlasslosen Massenüberwachung von Bürgern: die Vorratsdatenspeicherung. Unter der Richtlinie von 2006 sollte unter anderem überwacht werden, wer mit wem und wie lange telefoniert. Jetzt startet die Kommission mit Unterstützung vieler Mitgliedsstaaten einen neuen Versuch – die „technologischen Entwicklungen“ und die sich „wandelnde Begehungsweisen von Straftaten“ würden das notwendig machen.

Aus internen Dokumenten, die *netzpolitik.org* veröffentlicht hat, geht hervor, dass fünfzehn Mitgliedsstaaten einer extra von der Kommission eingesetzten Arbeitsgruppe bereits schriftliche Einschätzungen zu dem Vorhaben zugesandt haben. Weitere Länder sollen ihre Meinung mündlich geäußert haben, wobei die Vorstellungen mancher Staaten noch deutlich über das hinausgehen, was die Bundesregierung laut Koalitionsplan umsetzen will: die Speicherung von IP-Adressen und Portnummern für drei Monate.

Werbung

Einige Staaten fordern eine deutlich längere Speicherdauer. In den internen Dokumenten ist die Rede von „einer Dauer von einem Jahr und in jedem Fall nicht weniger als sechs Monaten“. Die Staaten weisen darauf hin, dass eine EU-weite Mindestfrist von Vorteil wäre, damit Daten wegen der Strafermittlung überall gleich lange aufbewahrt werden. In dem Zusammenhang wird auch diskutiert, ob durch ein Gesetz eine konkrete Mindest- und Höchstfrist vorgegeben werden sollte, innerhalb derer die Staaten eigene Grenzen setzen können. Manche fordern, dass nur eine Mindestfrist angegeben werden sollte, damit die einzelnen Länder über nationale Gesetze auch längere Aufbewahrungsfristen festlegen können.

Gespeichert werden sollen dabei auch Daten von Messengerdiensten. Das begründen die Länder damit, dass heutzutage 97 Prozent der Textnachrichten über sogenannte „Over-the-Top-Dienste“ erfolgen. Das sind Dienste, die Inhalte über das Internet anderen Nutzern zur Verfügung stellen. Dazu zählen beispielsweise Skype und WhatsApp oder Signal. Außerdem sollen Daten vieler weiterer Dienste gespeichert werden, nämlich von VPN-Anbietern, Kryptowährungshändlern oder Cloud-Speicherdiensten. Auch die Daten von Autoherstellern und Lebensmittellieferdiensten sollen gespeichert werden.

Werbung

Nicht jeder liebt Lebkuchen...

15% Rabatt für
Neukunden mit
Code **apollo15**

Bis Mitte September konnten Experten für Cybersicherheit, Polizei- und Justizbehörden sowie Privatpersonen bei der EU-Kommission ihre Anmerkungen zum Thema Vorratsdatenspeicherung abgeben. Diese werden nun ausgewertet. Die Kommission plant, die Ergebnisse im Frühjahr 2026 vorzustellen. Sollte man dann weiterhin von der Notwendigkeit für eine Vorratsdatenspeicherung ausgehen, könnte die Kommission zum Ende des ersten Halbjahres einen Gesetzesentwurf vorlegen.

Teilen:   

Zu den Kommentaren (82) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  G Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) 

→ Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung



Freund von Apollo News werden

Apollo News wäre ohne unsere Unterstützer nicht möglich. Mit dem neuen Freunde-Programm wollen wir unseren Unterstützern etwas zurückgeben, in Form von Dankeschöns wie einem werbefreien Zugang. [Mehr dazu hier](#)

Monatszahlung per  Pay  Pay

3,99 € /mtl.

Basis

Keine Unterstützung,
nur Abo

9 € /mtl.

Standard

Unterstützung + Abo

18,36 € /mtl.

Gegen-GEZ

Unterstützung + Abo

50 € /mtl.

Förderer

Unterstützung + Abo

Beliebig (€) 

Der monatliche Betrag setzt sich zusammen aus PUR-Abo (3,99 Euro) und einer freiwilligen Unterstützung.

Weiter zum Abschließen

Werbung

Ihr Kommentar ...

82 Kommentare

Relevanz ▾